

Hall das Uebergewicht gehabt. Vom formellen verfassungsrechtlichen Standpunkte aus wäre also nichts dagegen einzuwenden gewesen, wenn Preußen in dieser Sache die übrigen Antikerstaaten überstimmt hätte. Der gegen die Schiffahrtsabgaben sich erhebende Widerstand, der von Sachverständigen organisiert und geführt wurde, bewog aber die preussische Regierung, auf ihr formelles Recht der Reorganisation der übrigen Antikerstaaten zu verzichten und sich zu einem Kompromiß zu bequemen, das den wirtschaftlichen Lebensinteressen der mitbetroffenen Einzelstaaten entgegenkam. Das war echter bundesstaatlicher Geist und diesen gilt es von Seiten des Reiches auch in dem jetzigen Konflikt mit Bayern zu betonen. Geschieht das, so wird auch der Reichspräsident im Verfolg seiner feierlich bekundeten föderalistischen Bestimmung nicht umhin können, sich dafür einzusetzen, daß die Justiz- und Vollziehbehörden der Länder, soweit sie durch das Reichsgesetzgebungsorgan und das Reichskriminalpolizeigesetz beeinträchtigt sind, wiederhergestellt wird, und daß über die rechtliche Garantie für die Zukunft geschaffen werden, die jeden Eingriff in landeshoheitliche Befugnisse ohne Zustimmung der Länder unmöglich machen.

Ein heikler Punkt ist noch die Aufhebung der bayrischen Sonderverordnung. Ein Ufaß der Reichsleitung würde die Zustimmung in Bayern wieder in den stärksten Gährungsstand zurückwerfen, und ein landesrechtlicher bayrischer Akt könnte auch nicht gerade als der beste Ausweg aus der Klemme betrachtet werden, weil er dem bayrischen Selbstgefühl doch immerhin eine ziemlich starke Demütigung zumuten würde. Da ist es schon vorzuziehen, wenn eine über den Parteien stehende Autorität angerufen wird, die von jedem politischen Einschlage frei ist und die im ganzen Reich das Vertrauen genießt, daß sie eine völlig unparteiliche, wahrhaft dem allgemeinen Interesse dienliche Entscheidung fällen wird. Eine solche Instanz ist in dem Reichsgericht gegeben. Rame der höchste Gerichtshof des Reiches auf Grund der Reichsverfassung zur Ungleichzeitigkeit der bayrischen Verordnungen, so wäre diese durch einen Rechtspruch beseitigt, dem sich zu unterwerfen auch den selbstbewußten Vertretern des bayrischen Standpunktes nicht allzu schwer werden konnte, weil sie die Gewißheit besitzen, daß dabei nur die höchsten Gesichtspunkte des Rechtes ins Gewicht gefallen werden, unter Ausschluß jeder politischen Färbung gegenüber Bayern. Ein Verdacht, daß durch die Aufhebung der Verordnung ein Eingriff in bayrische Justizhoheitsrechte verübt werden sollte, könnte dann schlechterdings nicht mehr aufkommen und die bayrischen Richter und Vollziehbehörden wären endgültig des Bewußtseins beraubt, überboten, in den sie solange immerhin geraten können, als das Reichsgesetzgebungsorgan und die bayrische Sonderverordnung nebeneinander existieren. Da der Sachverhalt ziemlich einfach ist, so könnte die Entscheidung des Reichsgerichts in kurzer Frist erfolgen. Inzwischen würde schon die bloße Tatsache der Annahme des Reichsgerichts die politische Atmosphäre haben und drängen in wohltuender Weise entspannen, weil dadurch klar wurde, daß beide Teile nicht im politischen Sinne aus dem Streit irgendein Kapital schlagen wollen, sondern daß ihnen ernstlich daran gelegen ist, die Krise in rein sachlicher Weise zur Lösung zu bringen. Man wird wohl sagen dürfen, daß die Vertrauensfrage des Reichsgerichts mit der endgültigen Entscheidung über die Reichsgerichtsbarkeit der bayrischen Verordnungen allen denen willkommen sein muß, die in beiden Lagern die Dinge nicht auf die Spitze treiben, sondern versöhnen und ausgleichen wollen. Derselben Kreise aber können sich nicht damit einverstanden erklären, daß der Reichstag mit der Sache befaßt wird, ohne eine sichere Grundlage für die Verständigung geschaffen ist. Im Reichstage, wie er nun einmal ist, werden sich die Schranken eines unangelegentlich unparteilichen Verfahrens auf unfruchtbarer Stelle so weit wie möglich öffnen und polemische Kluten ergehen, die man vom Standpunkte einer fürsorgerlichen Regierungspolitik aus lieber solange zurückhält, bis man von ihrer Unsichtheit einigermassen überzeugt sein darf. Es ist am besten, wenn das Reichsparlament sich in der bayrischen Krise möglichst lange ausschneidet und den unmittelbar zuständigen Stellen völlige Freiheit zur Fortsetzung eines befriedigenden Ausgangs läßt. Bei den nunmehr zu führenden Verhandlungen muß als Norm festgehalten werden, daß es in der Frage der Garantieforderung für die Zukunft in Bayern kein Zurück gibt. Es ist auch nicht einzusehen, warum das Reich sich hinsichtlich der Lösung dieser Angelegenheit zu demütigen, wenn anders seine leitenden Männer es mit der Aufrechterhaltung des Bundesstaates wirklich ernst meinen und wenn sie gewillt sind, die Richtlinien zu befolgen, die der Reichspräsident in seinem Schreiben an den Grafen Berchthgottsdorff für die grundsätzliche Behandlung der föderalistischen Frage aufgestellt hat.

Zur Lage in Bayern.

München, 31. Juli. Die Angelegenheit zwischen Berlin und München ist heute um keinen Schritt vorwärts gekommen. Der badische Ministerpräsident hat heute dem bayrischen Ministerpräsidenten einen Besuch abgestattet, der aber lediglich informativcher Art war. Der badische Ministerpräsident hat dem bayrischen Ministerpräsidenten über die Staatspräsidentensammlungen in Bruchsal, die am Schlusse der vorigen Woche stattgefunden hat, informiert.

München, 31. Juli. Die Verhandlungen über die Erweiterung der Rumpfreigabe haben heute im Bundtage damit begonnen, daß zunächst bayrische Mittelpartei und Bayerische Volkspartei sich grundsätzlich für den Eintritt in die Regierung ausgesprochen haben.

In späteren Abendstunden gibt die Bayerische Volkspartei durch ihre Korrespondenz bekannt, daß von dem Ausgang der Beratungen im morgigen Ministerrat es abhängen wird, wann der Ministerpräsident in die Unterhandlungen mit den Parteien über die Abfassung der Antwort eintreten wird. Daraus geht hervor, daß der Ministerpräsident für den morgigen Ministerrat bestimmte Vorschläge ausgearbeitet hat. Die Bayerische Volkspartei gibt weiter durch ihre Korrespondenz auch bekannt, nach welcher Richtung diese Vorschläge lauten werden. Die Vorkorrespondenz sagt, so wenig der Brief des Reichspräsidenten ins einzelne gehende Vorschläge enthalten hat, so wenig wird auch die Antwort der bayrischen Regierung sich mit Einzelheiten befüllen können. Das bayrische Volk erwartet von seiner Regierung eine klare Hervorhebung der Grundzüge, die den vom Reichspräsidenten in Aussicht genommenen Verhandlungen zugrunde zu legen sind. Eine solche gedehnte Lösung kann aber nur darin gefunden werden, daß in einer allen einschlägigen Einlagen entrichteten Weise die bayrische Justiz- und Vollziehbehörden nicht nur wiederhergestellt, sondern auch für die Zukunft gesichert werden. Weiterhin wird deutlich zum Ausdruck kommen müssen, daß Bayern nicht etwa in erster Linie sich mit Rücksicht auf seine eigenen Hoheitsrechte dem Vordringen des Reiches widersetzt hat, sondern daß vor allem als Vorkämpfer für deutsches Recht und deutsche Rechtsprechung fähig, als Vorkämpfer für die Wahrung der Reichsverfassung von politischen Einflüssen.

Die fränkischen Bürgermeister.

München, 31. Juli. Zur politischen Lage schreibt die „Bayerische Staatszeitung“: Es scheint, daß man namentlich in Berlin dem Empfang der fränkischen Bürgermeister beim Ministerpräsidenten einen Sinn unterstellt, der gar nicht zutrifft. Auch die fränkischen Bürgermeister haben ihr volles Einverständnis mit der Haltung und dem Vorgehen der bayrischen Regierung in Sachen der Verfassung zum Schutze der Republik ausgesprochen. Im übrigen ist es auch sachlich falsch, aus diesem Empfang der Bürgermeister herauszufolgern zu wollen, daß in Franken die Stimmung weniger entzündet sei als im ganzen Bayern. Gerade aus Franken melden sich von Tag zu Tag die Stimmen, die das entschiedene Festhalten der Regierung an ihrem seitigen Standpunkte verlangen.

Konstantinopel als griechisch-türkischer Kriegschauplatz?

London, 31. Juli. Aus Konstantinopel wird gemeldet, der englische General Foxington habe als Chef der alliierten Truppen in Konstantinopel auf den Protest des türkischen Großvezirs wegen der griechischen Truppenkonzentrationen in Thrakien erklärt, die Türken sollten die in den letzten Monaten in Konstantinopel erwiderten Bewehrungen der Remaillen zur Befestigung Konstantinopels nicht vergessen, und gab zu verstehen, daß auch dem griechischen Ober die Freiheit der Aktion gegenüber Konstantinopel gelassen werden müßte. Man lege das in dem Sinn aus, daß jetzt die Neutralität von Konstantinopel als griechisch-türkischer Kriegschauplatz zwischen Türken und Griechen erklärt werden dürfte. Die Stärke der englischen Truppen in Konstantinopel beträgt etwa 5000, die der Franzosen 6000, die der Italiener 2000 Mann. Die englische Flotte vor Konstantinopel wird noch verstärkt.

London, 31. Juli. Einer Erhebungsmeldung aus Konstantinopel zufolge erklärte die kemalistische Regierung, wenn die Griechen die Tschataldchallinie überschreiten würden, so würden die kemalistischen Streitkräfte durch die neutrale Zone von Peridnja auf Konstantinopel marschieren.

Frankreich und England im Orient.

Paris, 31. Juli. Die französischen Blätter geben bei Kommentierung der Ereignisse im Orient mehr oder weniger der Meinung Ausdruck, daß England für das Vorgehen der Griechen verantwortlich sei. „Die Parole“ sagt, König Konstantin würde nie eine so herausfordernde Haltung angenommen haben, wenn ihn England nicht ermutigt hätte.

London, 31. Juli. „Daily Chronicle“, das London George nachstehende Blatt, schreibt: Selbstverständlich können die Alliierten die Befestigung Konstantinopels durch die Griechen nicht dulden. Indessen müßte man Verständnis für ihre Verärgerung haben. Die Griechen hätten die Friedensvorschlüsse der Alliierten angenommen, die Alliierten nicht. Die Befestigung Konstantinopels durch die Alliierten bedeutet zweifellos eine indirekte Unterstützung der Türken. Ferner hätten die Alliierten den Türken dadurch geholfen, daß sie die Friedensverhandlungen nicht genügend förderten, aber die Wiederannahme des Krieges dürfte nicht gebadet werden. Es sei daher notwendig, daß die Alliierten gemeinsam energischer Maßnahmen ergreifen, um die Lage zwischen den kämpfenden Parteien ins Gleichgewicht zu bringen und den Frieden wiederherzustellen. — „Daily Telegraph“ ermahnt die Griechen zur Weisheit und sagt, im Verlaufe der Jahre würden gewisse Faktoren der Schwäche, die sich bereits in der Lage der Remaillen zeigen, härter hervorheben. Die Remaillen und bolschewistischen Geisteskrämpfe seien vom politischen Zusammenbruch bedroht. Sollten die Ententealliierten die Herstellung des Friedens in Kleinasien nicht erreichen, würde es am besten sein, wenn alle alliierten Unterzeichner des Vertrags von Sevres, nicht nur die Alliierten, zu einer Konferenz zusammenberufen würden, die die Möglichkeit eines Druckes auf die Türken viel größer wäre, wenn die interessierten Balkanstaaten mit zu Rate gezogen würden.

General Townshend in Angora.

London, 31. Juli. Neuer meldet aus Konstantinopel, General Townshend habe gestern Angora verlassen, um nach London zurückzufahren. Der General sprach der Nationalversammlung seine Dankbarkeit für den herzlichen Empfang aus und sagte, er habe gesehen, daß die Türkei hart und tatkräftig sei. Der Zweck seiner Reise sei gewesen, in privater Eigenschaft für die Wiederherstellung des Friedens zu wirken, und sein Wunsch sei von Erfolg gekrönt gewesen. Der General bemerkte noch, er sei überzeugt, daß ein baldiger Frieden möglich sei, wenn die Griechen unverzüglich Kienastien räumen und an die Türkei zurückzugeben würden. Alle anderen Punkte würden leicht zu regeln sein. Aber die Türkei wolle einen ehrenvollen Frieden. Wenn die Friedensverhandlungen sich zerschlagen oder aufgegeben würden, so würde eine ernste Lage entstehen. (B. Z. N.)

Die griechischen Pläne.

London, 30. Juli. Aus Athen wird mitgeteilt, daß die Pläne der griechischen Regierung zur Verbeisführung des Friedens mit den Remaillen darin bestanden, ein Ultimatum an Mustafa Kemal Pascha zu schicken, in dem erklärt wird, daß die Griechen Konstantinopel für den Fall begehren, daß die Angoraregierung die Vorschläge der Alliierten nicht annahme. Mustafa Kemal Pascha soll Angora verlassen und sich an die Front begeben haben. Es wird behauptet, daß in Thrakien Truppenbewegungen vorgenommen werden, und daß zwei Divisionen an der Front angekommen sind. Der griechische Gesandte in London erklärte, daß es Unfals sei, zu glauben, daß die Griechen etwas unternehmen würden, was zu einem Konflikt zwischen ihnen und den Alliierten führen könnte, daß aber Maßnahmen getroffen wurden, um Vergewaltigungen der griechischen Bevölkerung vorzubeugen. Man glaubt in London keineswegs, daß gegen Konstantinopel ein Vorstoß unternommen werden wird.

Anfragen im englischen Parlament.

London, 31. Juli. Im Unterhause erklärte Lloyd George auf eine Anfrage: Am 28. dieses Monats habe der englische diplomatische Vertreter in Athen die griechische Note empfangen, die sich auf eine Befestigung Konstantinopels durch die griechischen Truppen bezieht. Am gleichen Tage habe der britische Vertreter in Athen ersicherend den aus London eingegangenen Instruktionen die griechische Regierung vor den ersten Folgen gewarnt, die ein derartiger Schritt nach sich ziehen würde. Der griechische Minister des Auswärtigen habe darauf eine bestimmte Versicherung abgegeben, daß die griechischen Streitkräfte keinesfalls ohne Erlaubnis der Alliierten in die neutrale Zone eintreten würden. Diese Versicherung sei seiner nochmals bestätigt worden. Die Handlungsweise der griechischen Regierung sei offenbar auf den Wunsch zurückzuführen, die Regelung der Orientfrage zu beschleunigen. Auf eine Anfrage, ob Aussicht dafür bestehe, daß alle Signaturmächte des Vertrags von Sevres baldmöglichst zu einer Konferenz zusammenberufen würden, erwiderte Lloyd George, eine dergleichen Konferenz sei gegenwärtig nicht in Aussicht genommen. Die britische Regierung habe im Augenblicke nicht die Absicht, eine Konferenz der an der Orientfrage interessierten Mächte einzuberufen. Dagegen sei eine Zusammenkunft der interessierten alliierten Hauptmächte und der Regierungen von Athen, Konstantinopel und Angora in Aussicht genommen. Kennworth fragte, ob die britische Regierung der griechischen Regierung deutlich gesagt habe, daß ein Versuch, einen unabhängigen Staat im Bezirk Smyrna zu errichten, von den Mächten nicht gebilligt werden würde. Es erfolgte hierauf keine Antwort. (B. Z. N.)

Autonomie von Smyrna.

Smyrna, 31. Juli. Der griechische Oberkommisssar Blerlades hat heute die Autonomie von Smyrna erklärt.

Eine polnische Grenzverletzung.

Berlin, 31. Juli. In westlichen Teile des oberösterreichischen Landes Tarnowitz fand nach dem „Berl. Post.“ eine Grenzüberletzung durch polnische Militärs und polnische Polizisten statt. Auf die Meldung von dem polnischen Konsul in Tarnowitz über den Vorfall, die Polen traten darauf den Rückzug an. Ein Grenzwächter soll von ihnen mit Karabinern bedroht worden sein.

Zentrum und Reichstagswahl.

Zu dem unter dieser Überschrift in Nr. 348 abgedruckten Artikel wird uns aus deutschnationalen katholischen Kreisen geschrieben:

Der Artikel „Zentrum und Reichstagswahl“, der im übrigen durchaus sachlich geschrieben ist und ein Streben nach Objektivität hervorgerufen läßt, scheint dennoch in manchen Punkten nicht ganz das Richtige zu treffen. Der Beschluß des Reichsvorstandes der Zentrumspartei, den politischen Charakter dieser Partei künftig mehr zu betonen und u. a. bei den nächsten Wahlen eine größere Zahl abgeordneter evangelischer Bekehrten zu wählen zu lassen, kann gewiß mit dazu beitragen, die auf sich nur begründete Entwicklung zu beschleunigen, daß im deutschen politischen Leben und insbesondere innerhalb der auf dem Boden deutschlicher Weltanschauung stehenden Parteien immer mehr die Abhängigkeit der Parteien von nur einem der großen christlichen Bekenntnisse in Wegfall kommt. Die Deutsch-nationale Volkspartei hat von jeher allen christlichen Konfessionen ohne Unterscheidung die Tore geöffnet, und seit längerer Zeit bearbeiten bei ihrer Reichsparteileitung wie bei den Landesverbänden der Partei katholische wie evangelische Anwärter die Fragen, welche die Belange ihrer Kirchengemeinden im öffentlichen Leben betreffen, und geben häufig den Vertretern der Partei in den Parlamenten Mitteilungen für ihre Tätigkeit auf diesen Gebieten. Dieser Weg, die Belange der christlichen Kirchen in einer großen christlichen Partei zu sichern, hat sich bisher als der beste bewährt. Auch in der Zentrumspartei hat man Ansätze zu ähnlichen Einrichtungen versucht, die jedoch bisher in der Organisation dieser Partei wohl nicht deutlich ausgeprägt wurden. Teilweise hat man sogar den von der Deutschnationalen Volkspartei beschrittenen Weg mit der Behauptung abgelehnt, die Zentrumspartei habe immer schon die Belange der nichtkatholischen christlichen Bekenntnisse ebenso gut vertreten, so daß sie auch ohne spezielle Bearbeitung der für ihre nichtkatholischen Anhänger in kirchlicher Beziehung bestehenden Belange auskommen könne. Es muß der Zentrumspartei überlassen bleiben, ob sie, die bisher nur über eine sehr geringe nichtkatholische Anhänger-schaft verfügen dürfte, an einem solchen Standpunkt auch in Zukunft festhalten will, wenn sie ernstlich und mit Entschiedenheit den im neuesten Beschluß ihres Reichsvorstandes angedeuteten Weg zu betreten beabsichtigt. Ob dies letztere der Fall sein wird, muß erst einmal abgewartet werden; es würde dies eine völlige Umstellung der allermeisten Führer und der gesamten Werbeit der Partei bedingen, die bisher im wesentlichen trotz feiner Betonung des politischen Charakters der Partei nicht zu einer allenthalben klaren und einwandfrei durchgeführten Auseinanderhaltung politischer und konfessioneller Gesichtspunkte sich entschließen konnte und es wohl auch zum großen Teil gar nicht wollte. Der davon zweifelt, dem mag, ohne daß man ihm die Fälle praktischer Beispiele vor Augen zu führen braucht, der Hinweis darauf genügen, daß gerade die deutschnationalen Katholiken und die zur Vertretung ihrer kirchlichen Belange in der Deutschnationalen Volkspartei bestehenden Ausschüsse in der Zentrumspresse allenthalben der Gegenwart entgegen-gang besonders heftigen Verleumdung sind, daß man wiederholt in überaus beuillender Weise immer wieder von „sogenannten deutschnationalen Katholiken“ spricht u. dergl. m. Diese eine Tatsache dürfte zur Genüge dartun, daß die Zentrumspartei, von Ausnahmen immer abgesehen, mindestens bisher gar nicht daran dachte, sich praktisch von der Bestimmung ihres Wirkens durch rein konfessionelle Formkräfte ernstlich freizumachen. Die Presse der Zentrumspartei sucht denn auch, wie ein Blick in die Spalten der nach dem Vorstandsbeschluß erschienenen großen und kleinen Parteipresse zeigt, bereits beruhigend auf diejenigen einzuwirken, die der neuen Entwicklung offen widerstreben, ein weiteres Anzeichen, daß sie sich ernstlich und mit Entschiedenheit, wenn überhaupt, so nur unter großen Schwierigkeiten durchsetzen würde.

Der eingangs erwähnte Beitrag der „Dresdener Nachrichten“ scheint nun weiter insofern nicht ganz das Richtige zu treffen, wenn er meint, daß die Zentrumspartei seien bisher wesentlich politische Einflüsse der „christlichen Hierarchie“ von Einfluß gewesen. Dies ist nach unserer Anschauung weder gegenwärtig der Fall, noch in der Vergangenheit der Fall gewesen. Inwieweit braucht a. B. nur an die Haltung des Zentrumsführers Windthorst in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts in der Frage des sogenannten Septennats erinnert zu werden. Der Kaiserlich-katholische Reichstag hätte sich damals, als er jedes Jahr im Deutschen Reichstag seinen Militärvorlagen unverändertge Weise Widerstand bereitet hat und deshalb den Militäretat gleich auf sieben Jahre hinaus festsetzen wollte, an dem heiligen Stuhl in Rom gewandt, damit von dort auf die Zentrumspartei im Sinne einer Annahme des Septennats einwirkt werde. Es nun Papst Leo XIII. in maßvoller Weise versuchte, im Sinne des Kaiserlich-katholischen Reichstages, brachte Windthorst im Einvernehmen mit den maßgebenden Partei-Führern zum Ausdruck, daß er in dieser rein politischen Frage der Zentrumspartei als einer politischen Partei völlig freie Bahn lassen müsse, und bildete auf diesem Standpunkt in der Militärfrage bestehen. Aus diesem Beispiel ist indessen schon zu erkennen, daß von einem politischen Einfluß der Kirche auf die Zentrumspartei nicht wohl gesprochen werden kann, ebenso wie unseres Erachtens maßstabmäßige Rücksichten der Kirche nirgendwo bestehen und auch schon keinerlei Erfolge erzielt haben würden. Der heilige Stuhl beschränkt sich durchaus auf seine die Welt umspannende kirchliche Tätigkeit; wenn es anders wäre, hätte er sich schon a. B. in Westfalen nicht so neutral verhalten, wie dies auch von den Unbescheidlichen bei unvorgesagter Beurteilung anerkannt werden muß. Der hier gegebene Fall liegt vielmehr umgekehrt so, daß sich die Zentrumspartei für ihre politischen Zwecke wieder in weitem Umfange des Katholizismus bedient hat, und daß es eben mindestens zweifelhaft ist, ob sie darauf künftig allenthalben verzichten wird. Dagegen würde a. B. sprechen, daß sich das Zentrum in Oberdeutschland neuerdings wieder „katholische Volkspartei“ nannte, mit der der dortige Führer Pfarrer Wischa eine Stellung eine höchst gefährliche und scharf zu verurteilende Autonomiebewegung ins Werk setzte.

Die Beforgnisse, die Reichsparteien können einen Teil der Kosten der neu vom Zentrum eingeführten Samensaat tragen müssen, erscheinen gar nicht gerechtfertigt. Was die Deutschnationalen Volkspartei anlana, so gilt dies vor allem gerade dann nicht, wenn sie wie bisher klar und eindeutig den Standpunkt einnimmt, daß sie am monarchischen Prinzip unter allen Umständen festhält und die prinzipiellen Anhänger der republikanischen Staatsform auf die republikanischen Parteien verweist. Wenn die Deutschnationalen Volkspartei, wie gar nicht anders zu erwarten, hierin wie in allen ihren anderen im Rahmen der bestehenden gesellsch. Ordnung verfolgten Zielen prinzipientreu bleibt, so kann sie im Gegenteil damit rechnen, daß ihre bisherigen Anhänger aller christlichen Bekenntnisse ihr zu stehen bleiben, während sie a. B. aus dem Zentrum noch sehr viele neue Freunde erhalten kann, die denselben Zielen halbtigen und nur aus Unkenntnis und konfessionellen Beweggründen bisher noch beim Zentrum verblieben waren.

In der Praxis ist auch wohl kaum anzunehmen, daß sich liberal-evangelische in größerer Anzahl der Zentrumspartei beitreten werden, deren erster Führer Reichstagsabgeordneter Marx nach Tirlich das gewiß nicht dem konfessionellen Ausgleich dienende Wort sprach, an all unserm gegenwärtigen Unheil sei im letzten Grunde die Reformierung schuld.

Zu dem neuen „Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ ist im übrigen zu sagen, daß die Art, in der von den daran Beteiligten von vornherein mit Wiffenschaft verfahren wurde, diese Arbeitsgemeinschaft soße beliebt sein gegen die Sozialdemokratie gerichteter „Bürgerbund“ sein, nicht an-

Wahrlich, wenn man sich... die Bildung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft...

Die erste Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 31. Juli. Die erste Verhandlung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik findet am 10. August...

Die angeblichen Neuerungen des Kaisers gegenüber Baron von Radowiz.

deren Unrichtigkeit wir bereits gemeldet haben, erfahren durch folgende Zuschrift erneut eine authentische Widerlegung...

Verwahrung gegen das Verbot der Regimentsfeiern.

Berlin, 31. Juli. Der Deutsche Kameradbund 'Landesverband Niederloscher' hat bei den zuständigen Stellen...

Auch ein Grund zum Notenwechsel.

Berlin, 31. Juli. Vor kurzem hatte in Stettin die Kontrollkommission in einer Kaserne nach Waffen gesucht...

Die Preise für mitteldeutsche Braunkohlen.

Leipzig, 31. Juli. Der mitteldeutsche Braunkohlenmarkt in Leipzig hat mit Zustimmung des Reichskohlenverbandes die Preise ab 1. August wie folgt festgelegt...

Verlliches und Sächsisches.

„Antons“ als Licht- und Lustbad.

Die schon kurz mitgeteilt, findet heute, am 1. August, die Eröffnung des Sächsischen Licht- und Lustbades statt...

Das Licht- und Lustbadgelände ist etwa 3,2 Hektar groß und besteht aus dem von einer Mauer und dem Gebäuden umschlossenen, etwa 1,5 Hektar großen Parkgrundstück...

Der Eingang in die den Besuchern der außerhalb des Licht- und Lustbades gelegenen Sport- und Spielplätze überlassenen Umkle-, Brause- und Aborträume im Erdgeschoss des Haupt- und Sächsischen Nebengebäudes...

Die Vertretung der Vorlage bei den sächsischen Abgeordneten ist durch das Wahlrechtskomitee erfolgt...

Der Anteil der Landwirtschaft am Brotpreis.

Vor einiger Zeit ging durch die Fachpresse eine Aufstellung über den Anteil am Brotpreis, worin behauptet wurde, daß die Landwirtschaft die Hälfte des Preises für sich in Anspruch nähme...

Die deutsche Landwirtschaft ist also am Brotpreis mit 13 v. H. beteiligt, während sie an der aufzubringenden Getreidemenge den größten Anteil von 55 v. H. hat.

Die sächsischen Hausbesitzer gegen den Gehrentwurf über Mieterhöhung und Mietereingangsämter. In einer Eingabe richtet der Verband der Sächsischen Hausbesitzervereine e. V. in Dresden an den Reichstag...

Die Preise für Kohle aus den sächsischen Gaswerken betragen vom 1. August ab per Hektoliter: für Steinkohlen 100 Mk., für Braunkohlenfein und Grob 50 Mk. an allen sächsischen Werken.

Besuch englischer Parlamentarier in den Kreiswerkstätten für Schwertriebsmaschinen. Dieser Tage besuchte durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes und des Reichsarbeitsministeriums ein von einem Mitgliede der britischen Volkshaus in Berlin geleiteter viergliedriger Ausschuss...

Ungarische Pfadfinder in Dresden. Die ungarischen Pfadfinder haben am Freitagabend Dresden verlassen, voll befriedigt von der liebenswürdigen Aufnahme und von dem, was sie in Dresden gesehen haben.

Professor Dr. Rudolf Archl. Im Herbst wird auch eine erste orthopädische Anstalt vollendet werden. Die Nordische Gesellschaft in Lübeck hat in der Kaiserin-Wilhelms-Straße eine neue orthopädische Anstalt erbaut...

Kunst und Wissenschaft.

Gesellschaft für Altertumswissenschaft.

Archäologische Abteilung.

In der im Juni abgehaltenen Sitzung besprach Vorsitzender Prof. Hermann auf Grund neu erschienener Fundberichte einige der wichtigsten plattischen Denkmäler der neuesten Ausgrabungen auf Nalssischen Boden...

zwei in der Ausführung eines Spieles begriffen sind, das Zug für Zug an das englische Go-Spiel erinnert...

Dresdner Theater-Spielplan für heute: Neuhärdter Schauspielhaus: 'Der Kreuzriegel' (188).

Sommeroper im Sächsischen Schauspielhaus. Heute, Dienstag, erste Wiederholung: 'Der Kreuzriegel' (musikalisches Schauspiel in drei Akten von H. Rinal).

Ein Journalist als Ehren doktor. Aus Greifswald wird gemeldet: Otto Benzel, einer der Senatoren der deutschen Journalisten, ist in Anerkennung seiner Verdienste um die chemische Industrie von der Philosophischen Fakultät von Greifswald zum Ehren doktor ernannt worden.

Der Endenbund hält seine diesjährige Hauptversammlung vom 5. bis 7. Oktober in Jena ab. Den Vortrag wird Professor Rudolph Enden über die Aufgaben des Endenbundes für eine Beschäftigung der bedrohten ethnischen Werte in der Menschheit halten.

Vaterländischer Zusammenschluß der ost- und westpreussischen Studierenden. Unter diesem Namen hat sich an sämtlichen Berliner Hochschulen eine Vereinigung gebildet, deren Tätigkeit in enger Anlehnung an den Reichsverband heimattreuer Ost- und Westpreussen der Heimat gewidmet sein soll.

Der neue Sächsischer Klinikenbau. Die Auguste-Carola in Heidelberg hat soeben eine neue medizinische Klinik erhalten, die im Botanischen Garten errichtet wurde. Nach den Vorkriegsplänen sollte das Gebäude weit größer und es sollte mit ihm noch eine Rekonstruktion verbunden werden.

Die Unterbrechung der Amundsen-Expedition. Ueber die Gründe, die Amundsen bestimmen haben, seinen geplanten Flug über den Nordpol aufzugeben, wird mitgeteilt, daß, wie schon kurz berichtet, das Schiff 'Maud' auf der Höhe von Kap Van auf eine Eisbarriere gestoßen sei...

Die Unterbrechung der Amundsen-Expedition. Ueber die Gründe, die Amundsen bestimmen haben, seinen geplanten Flug über den Nordpol aufzugeben, wird mitgeteilt, daß, wie schon kurz berichtet, das Schiff 'Maud' auf der Höhe von Kap Van auf eine Eisbarriere gestoßen sei...

Die Unterbrechung der Amundsen-Expedition. Ueber die Gründe, die Amundsen bestimmen haben, seinen geplanten Flug über den Nordpol aufzugeben, wird mitgeteilt, daß, wie schon kurz berichtet, das Schiff 'Maud' auf der Höhe von Kap Van auf eine Eisbarriere gestoßen sei...

Die Unterbrechung der Amundsen-Expedition. Ueber die Gründe, die Amundsen bestimmen haben, seinen geplanten Flug über den Nordpol aufzugeben, wird mitgeteilt, daß, wie schon kurz berichtet, das Schiff 'Maud' auf der Höhe von Kap Van auf eine Eisbarriere gestoßen sei...

Die Unterbrechung der Amundsen-Expedition. Ueber die Gründe, die Amundsen bestimmen haben, seinen geplanten Flug über den Nordpol aufzugeben, wird mitgeteilt, daß, wie schon kurz berichtet, das Schiff 'Maud' auf der Höhe von Kap Van auf eine Eisbarriere gestoßen sei...

Die Unterbrechung der Amundsen-Expedition. Ueber die Gründe, die Amundsen bestimmen haben, seinen geplanten Flug über den Nordpol aufzugeben, wird mitgeteilt, daß, wie schon kurz berichtet, das Schiff 'Maud' auf der Höhe von Kap Van auf eine Eisbarriere gestoßen sei...

sondern auch mit allen anderen Ländern in den großen ...

— **Eperantio-Tanz in der Ausstellung.** Am 12. August wird der Zweigverein Dresden des Deutschen Eperantio-

— **Die Vöbrianer Vogelweile.** Wie seit Jahren Dresden-Gorbitz, Aretal-Postchappel und Habenan alten Ver-

— **Jubiläum bei Robert Böhme jun.** Herr Richard Böhme

— **Sein 25jähriges Geschäftsjubiläum** begehrt heute (11. August) Vatermeier

— **Urkundenfälschung und Betrug** bildeten die Defizite einer Verhandlung, die vor der 7. Zivilkammer ange-

— **Ramersbachschloß** und der Kriegselbändigen, Crislaruppe

— **Reinewerth** und die Besichtigung der unteren Dämme

— **Städtischer Verkehrswagen.** Die Automobilfabrik Dr. Nade,

— **Vollreife-Theater.** Die heute, am 1. August, stattfindende

— **Sarrasani im August.** Mit dem 1. August beginnt das

— **Prinzipal-Theater, Prager Straße 52.** Heute, am 1. August,

— **In dem blauen Vorhang** im Hause Dyckerstraße 3 wird

— **Kindesleichen aus der Erde** gehoben. Am 27. Juli ist an

— **Die Feuerweh** wurde am Sonntag nachmittag kurz nach

— **Reinewerth v. Adeberg.** In der Epileptischen

— **Arnsfeld** l. Erga. Bei dem letzten über unserm Ort

— **Wolke.** Fabrikbesitzer Paul Röber ist mit der

— **Baugen.** Der Bezirksausschuß beschäftigte sich

— **Königswartha.** Ein schweres Automobil-

— **Nonenrug** und wurde vollständig geträumert. Die Ver-

— **Roberfen bei Höderau.** Am Sonntag verschied hier

Schwurgericht.

Landgerichtsdirektor Dr. Schuster, der Vorsitzende der

— **Eine zweite Verhandlung** richtete sich gegen den 1800

— **In der Sitzung am Dienstag** hat sich der Gefreite

Amfliche Behauptungen.

Für die Aufgaben, welche das Reichsamtengesetz und die

— **Nachtrag zur Gesellenprüfungordnung im Regierungs-**

Die Gesellenprüfungordnung der Kreishauptmannschaft Dresden

— **Konturze, Zahlungseinstellungen u. s. w.** Im Dresdener

— **Einigen gegen Verleumdungen** durch Zahlungseinstellung

— **Verbandsleiter für heute.** Dresdener Richtersaal: Probe, 1/2 Uhr, Vereinsraum.

† **De Niers für eine Ausländerbühne in Paris.** In

Ein Nordsee-Idyll.

Von Hugo Reinhard.

Unaufhörlich gehen die Wasser zwischen Eib- und Sefer-

Dort, wo die Wogen miteinander kämpfen, wo manches

und in den Rucksack hinein. Die Entblösung der unteren

Von diesen "Frieren" — das sind die tieferen, vom

— **Das man die Insel erreicht,** den Teich überschritten,

— **Den vollen Reiz** entfaltet die Insel aber erst im Augen-

Ruhlen ist ungemessenes salzhaltig, da ja immer neues Salz-

— **Auf der Höhe** des Deiches, vor Jahren auch einmal hoch

— **Wunderbar** ist die Stimmung abends, wenn die Insel

— **Der Wollen** der letzten Rücken der letzten Wustelbank

— **So laut** hier die Natur ihr Reich im ewigen Öm und

Börsen- und Handelsteil.

Geschäftslage in der Wäpcheindustrie.

Die Wäpcheindustrie hat auch in der Wäpcheindustrie zu einer starken Steigerung des Beschäftigungsgrades geführt. Die Betriebe sind für die nächsten Monate voll in Anspruch genommen.

Entscheidungen des Reichsfinanzhofes.

Der Reichsfinanzhof hat in dem Urteil vom 12. August 1922 über die Besteuerung der Grundbesitzer entschieden, dass die Besteuerung der Grundbesitzer nach dem Wert der Grundstücke zu erfolgen hat.

Dieser rechtliche Unterschied bezüglich des Fortbestands des Kapitalfortbestands trotz gleichzeitiger Veränderung des Kapitalfortbestands kann in der gleichzeitigen Beurteilung dieser wirtschaftlich gleichliegenden Fälle...

Produkten-Werte zu Dresden vom 31. Juli. (Mittliche Notierungen.) Weizen 1140-1150, Roggen, alter 1120-1130, Weizen, neuer 1080-1110.

Deutsche Fährten-Werke in Berlin. Die Kapitalgesellschaft genehmigt den Geschäftsbericht für 1921, der einen Reingewinn von 12 1/2 Millionen Mark aufweist.

Rechtliche und kaufmännische. Die Bestimmungen, dass die auf Deutschland ruhenden unermöglichten Verbindlichkeiten neben der unzulässigen Abwertung...

Die Wäpcheindustrie und der Opiummarkt. Nach der 'Walden' hat für die Wäpcheindustrie eine Veranlassung zwischen Vertretern der Reichsbank...

Die Wäpcheindustrie und der Opiummarkt. Nach der 'Walden' hat für die Wäpcheindustrie eine Veranlassung zwischen Vertretern der Reichsbank...

zur Ausgabe gelangenden neuen Aktien zugehörige Bezugsrechte bis 16. d. M. beim Chemnitzer Bauverein in Dresden geltend zu machen.

Die Terpentinwerke W.G. in Leipzig berufen eine außerordentliche Hauptversammlung mit der Tagesordnung: Beschließung über die sofortige Entziehung eines Mitgliedes...

Industrie-Werke in Berlin. Aus einem Reingewinn von 511 200 M. (1921 475 000 M.) werden 15% (10%) Dividende in Vorschlag gebracht.

Die Oberdeutsche Kalkwerke und Chemische Werke W.G. gibt bekannt, dass sie den im Verlage der Interessengemeinschaft Chemische-Werke-Vereinigung...

Neue starke Veranlassung des Zementpreises. Die starke Veranlassung der Kohlenpreise, der Wäpche und der sonstigen Mineralien...

Die deutsche Zuckerampone 1922/23. Nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Angaben des Statistischen Reichsamtes...

Die Wäpcheindustrie und der Opiummarkt. Nach der 'Walden' hat für die Wäpcheindustrie eine Veranlassung zwischen Vertretern der Reichsbank...

Wechselkurse im Freiverkehr am 31. Juli bis abends 6 Uhr. (Mitteltel von Gebr. Krahld in Dresden.) Holland (100 Gulden) 25.520, Dänemark (100 Kronen) 14.200.

Leipziger Kurse vom 31. Juli. Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt 228, Leipziger Hypothekbank 142, Süddeutsche Bank 202.

Der ausführliche Berliner Kurszettel befindet sich auf Seite 7.

Nußbaum & Rothschild, Bankgeschäft, Magdeburg-A.

Filiale Leipzig, Harkortstraße 1, gegenüber dem Reichsgericht, Tel. 6167.

Bei allen Geschäften sind wir ausschließlich eigenhändige Selbstkäufer, resp. Selbstkäufer, niemals Kommissionäre.

Table with multiple columns listing various commodities and their prices. Columns include 'Nachfr.', 'Angeb.', 'Nachfr.', 'Angeb.', 'Nachfr.', 'Angeb.', 'Nachfr.', 'Angeb.'. Items listed include various types of flour, oil, and other goods.

